



NS-Unrecht an Zwangsarbeitern nicht vergessen

Pressemitteilung von Kersten Steinke, 17. Januar 2007

Bis heute fehlt eine angemessene Dokumentation des von Nazideutschland an Millionen Zwangsarbeitern vor allem aus Mittel- und Osteuropa verübten Unrechts. Das beklagt auch eine Vereinigung ehemaliger Zwangsarbeiter, die in einer Petition an den Bundestag die Einrichtung eines Dokumentationszentrums fordert. Diesem Anliegen haben die Koalitionsfraktionen bei der abschließenden Beratung der Petition nicht entsprochen. Kersten Naumann, Vorsitzende des Petitionsausschusses und Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE., erklärt dazu:

Das durch die Zwangsarbeit an Millionen Zivilisten vor allem aus Mittel- und Osteuropa begangene Unrecht darf nicht in Vergessenheit geraten. Zwar wurde mit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ eine Einrichtung ins Leben gerufen, die mit ihrem Fonds „Erinnerung und Zukunft“ auch an nationalsozialistisches Unrecht erinnern soll. Der Fonds kann aber nur Bildungsprojekte, zum Beispiel Begegnungsprogramme, fördern, nicht jedoch ein Dokumentationszentrum. Bisherige Ausstellungen

waren lediglich temporär und hatten eher regionalen Charakter. Eine ständige Einrichtung wäre indes notwendig, um dieses Kapitel der Deutschen Geschichte angemessen geschichtlich aufzuarbeiten und in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. Der Bund muss sich daher fragen, ob nicht eine bereits bestehende Bundeseinrichtung diese Aufgabe übernehmen könnte. In Frage käme auch die Stiftung „Topographie des Terrors“, die seit letztem Jahr ein Dokumentationszentrum zur NS-Zwangsarbeit in einem ehemaligen Zwangsarbeiterlager in Schöneeweide einrichtet.